



**Komplementarität statt Konkurrenz - Zur Zusammenarbeit von Parteien
und NGOs in demokratischen Krisenzeiten**

Berlin, August 2017



Von 2014 bis 2015 fand das Gemeinschaftsprojekt des Progressiven Zentrums, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung „Legitimation und Selbstwirksamkeit: Zukunftsimpulse für die Parteidemokratie“ statt. Im Projektverlauf wurden eine Vielzahl von Herausforderungen für Parteien diskutiert, und praxisnahe Vorschläge erarbeitet. Eine im Parteienreformprojekt oft diskutierte Herausforderung wurde im Mai 2017 im Nachgang des Projektes von Heinrich-Böll-Stiftung und Progressivem Zentrum mit dem Roundtable „Komplementarität statt Konkurrenz? – Zur Zusammenarbeit von Parteien und NGOs in demokratischen Krisenzeiten“ erneut aufgegriffen und tiefgehend diskutiert.

Anliegen des Roundtables war es, zu einem besseren Verständnis für das oft als problematisch empfundene Verhältnis von Parteien und NGOs zu kommen. Außerdem sollten Handlungsansätze gefunden werden, wie das produktive Miteinander von Parteien und NGOs im Sinne einer Stärkung des demokratischen Gesamtprozesses verbessert werden kann. Dieses Arbeitspapier systematisiert die beim Roundtable identifizierten Herausforderungen und gibt einen Überblick über die diskutierten Handlungsansätze. Es dient damit als vertiefter Reader zum Themenkomplex Zusammenarbeit von Parteien und NGOs.

Einleitung

Parteien sind zentrale Akteure im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, eine Rolle die ihnen qua Grundgesetz verbrieft ist. Dennoch haben sie in den letzten Jahrzehnten nicht nur insgesamt etwa die Hälfte ihrer Mitglieder verloren¹, sondern auch eine lange als Alleinstellungsmerkmal empfundene Funktion: Parteien sind heute weder das einzige naheliegende Forum für politisches Engagement, noch *der* zentrale Informationsort über Politik. Wer sich politisch engagieren möchte, kann dies in einer Vielzahl von Organisationen tun und der Anschluss an eine Initiative oder eine NGO ist für viele Menschen attraktiver als der Eintritt in eine Partei. Nicht zuletzt aufgrund dieser empfundenen Konkurrenz ist das Verhältnis von NGOs, Bürgerinitiativen und Parteien von Vorbehalten, Abgrenzung und auch Konkurrenz geprägt.

Dem Verhältnis von Parteien und NGOs wird hier näher auf den Grund gegangen, da die Fähigkeit von Parteien und NGOs zusammen zu arbeiten eine grundsätzliche Bedeutung für Fragen der politischen Willensbildung und Teilhabemöglichkeiten in Deutschland hat. Außerdem soll ein besseres Verständnis für die Ursachen des schwierigen Verhältnisses den Weg ebnen, erste Handlungsansätze für eine komplementäre Arbeitsweise vorzuschlagen.

Das Verhältnis von Parteien und NGOs – eine Bestandsaufnahme

Die Ursache für ein eher angespanntes Verhältnis zwischen NGOs und Parteien ergibt sich schon aus dem Gründungsimpuls vieler NGOs: Sie gründen sich oft aus einer Unzufriedenheit mit bestehender Parteienpolitik, bzw. aus der Überzeugung, dass einem Thema in Politik und Öffentlichkeit bisher nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird. In diesem Gründungsimpuls liegt deshalb bereits eine unausgesprochene Kritik an existierenden Parteien, die Gründung ist als Antithese zur Partei zu verstehen. Die Gründung rund um ein konkretes

¹ Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016. Arbeitshefte aus dem OSZ, Nr. 26, FU Berlin 2016.

Thema zieht in der Regel auch eine thematische Zuspitzungslogik mit sich: Wenn eine Organisation für ein Thema steht, muss sie Forderungen mit Vehemenz und Schlagkraft hervorbringen und darf sich nicht auf das politisch Machbare beschränken. Diese Kommunikationslogik von NGOs steht quer zur Handlungsrationale von Parteien und wird deshalb von diesen nicht selten als realitätsfern und nicht umsetzbar abgetan. Parteien beherrschen zwar selbst die Kunst der inhaltlichen Zuspitzung (insbesondere in Wahlkampfzeiten), müssen aber im Gegensatz zu NGOs eine ausgleichende Haltung einnehmen und kompromissorientiert sein: Parteien aggregieren Meinung, sorgen für Ausgleich und vertreten deshalb meist bereits eine Kompromisshaltung. Hinzu kommt das Parteiensystem selbst, das sich durch ein Nebeneinander von Parteienkonkurrenz und Bündnissen auf Zeit auszeichnet und deshalb Kompromissorientierung notwendig macht. Parteien müssen den schwierigen Spagat schaffen, Kompromisse zu finden, die sowohl MitgliederInnen, (potentielle) WählerInnen und politische Partner zufriedenstellen, andererseits aber auch bestehende Selbstbindungen (Wahl- und Grundsatzprogramme, Koalitionsvereinbarungen) berücksichtigen. Aus NGO-Sicht ist diese Kompromissorientierung der Parteien oft unverständlich und wird mitunter als Prinzipienlosigkeit verstanden.

Hinzu kommt in Bezug auf die inhaltliche Positionierung von NGOs der Umstand, dass sie hiermit Parteien aus deren Perspektive gewissermaßen im „Kerngeschäft“ der inhaltlichen Themensetzung Konkurrenz machen. Parteien und zivilgesellschaftliche Gruppen befinden sich schlicht gesprochen im Wettbewerb um (mediale) Aufmerksamkeit der nicht selten als direktes Konkurrenzverhältnis empfunden wird. Gleichzeitig achten viele NGOs darauf, dass sie – selbst wenn eine Partei dieselbe Forderung voranbringen möchte – sich von Parteien distanzieren, um in ihrer Arbeit als unabhängige Akteure wahrgenommen zu werden. Andersherum wollen Parteien nicht einfach Sprachrohr einer einzelnen Initiative sein. Was aus der jeweiligen Handlungsrationale also mehr als schlüssig ist, fördert nicht unbedingt den konstruktiven Umgang bzw. Kooperation miteinander.

Die Gründung von NGOs als Antithese zur Partei erstreckt sich nicht nur auf inhaltliche Positionierung bzw. unterschiedliche Kommunikationsstile. Auch die Parteiarbeit an sich bzw. die Unzufriedenheit mit ihr führt dazu, dass Menschen mitunter andere Engagement-Räume und Orte suchen um sich persönlich einzubringen und diese bei NGOs finden. NGOs sind in dieser Hinsicht ganz bewusste Alternativen zu Parteien und beide Organisationformen befinden sich in einer Konkurrenz um kluge und engagierte Köpfe. Parteien haben das verstanden und suchen nach neuen Wegen, um Parteiengagement attraktiver und Mitgliedern mehr Angebote zu machen. Dabei bedienen Parteien sich auch bei NGOs, bzw. versuchen durch sie zu lernen wie man Menschen zu ehrenamtlichen Engagement motiviert. Viele Parteien beschäftigten sich in den letzten Jahren auf unterschiedliche Weise mit internen Reformen, die die Attraktivität von Parteiarbeit steigern sollen.²

² Beispiele sind die SPD-Parteireform 2011 und die Kommission zur modernen Parteiarbeit „Meine CDU 2017. Die Volkspartei.“ Ausführliche Erkenntnisse zum Thema Parteienreform bietet die Studie Hanno Burmester, Philipp Sälhoff und Marie Wachinger: Die Partei 2025 - Impulse für zukunftsfähige politische Parteien, Das Progressive Zentrum, September 2015.

Ein besseres Rollenverständnis als Voraussetzung für komplementäre Zusammenarbeit

Dieser Abriss des Verhältnisses von Parteien und NGOs legt nahe, dass ein unproblematisches Verhältnis zwischen diesen Gruppen keine Selbstverständlichkeit ist und dass alleine durch die strukturellen Begebenheiten Potenzial für ein Konkurrenzverhältnis vorhanden ist. Beobachtet werden kann aber auch, dass sowohl Parteien als auch NGOs die jeweils andere Organisationsform unter den jeweiligen *eigenen* systemischen und kulturellen Voraussetzungen beobachten und bewerten, anstatt sie differenziert zu betrachten. Diese Herangehensweise führt zwangsläufig zu enttäuschten Erwartungen.

Parteien und NGOs sollten also Gemeinsamkeiten finden und betonen. So ist den Menschen, die sich in Parteien, Bürgerinitiativen und NGOs engagieren gemein, dass sie sich für die öffentliche Sache einsetzen und die Dinge zum Besseren gestalten wollen. Eine gegenseitige Wertschätzung des Engagements für Demokratie und Gemeinwohl kann eine wichtige Basis für den vertrauensvollen Umgang miteinander sein.

Darüber hinaus ist es ein zentraler Schritt, sowohl in Parteien als auch in NGOs das Verständnis für die eigene Rolle im politischen Prozess und die Rolle der jeweils anderen Organisationform zu schärfen. Denn Parteien und NGOs unterscheiden sich und haben unterschiedliche Funktionen im gesellschaftlichen Gefüge. Ein bewussteres und differenzierteres Rollenverständnis berücksichtigt dies und ist unbedingt nötig um neue und wirksame Formen der komplementären Zusammenarbeit zwischen Parteien und NGOs herauszuarbeiten.

Rollen von NGOs – Gesellschaftliche Impulsgeber und Engagement-Räume

Der Begriff der „NGO“ umfasst viele hinsichtlich Mitgliederzahl, Ressourcen und Strukturen sehr unterschiedliche Gruppen, was die Rollendefinition für NGOs zusätzlich erschwert. Manche Initiativen legen ihren Fokus besonders auf politische Kampagnenarbeit, andere sehen ihre Aufgabe darin, BürgerInnen zu einem Thema zu informieren oder unentgeltliche Dienstleistungen anzubieten. Wesentliche gemeinsame Eigenschaften sind jedoch ihre politische Unabhängigkeit, die nichtkommerzielle Arbeit und das Engagement in einem begrenzten Themengebiet. Besonders bei denjenigen Organisationen, die sich der politischen Kampagnenarbeit verpflichtet fühlen, gibt es Abgrenzungsschwierigkeiten zu Parteien.

NGOs arbeiten daran, ihre partikularen Forderungen in den politischen Diskurs einzubringen und auf deren allgemeinverbindliche Umsetzung hinzuwirken. Sie können sich auf eines oder wenige Themen spezialisieren und sind dadurch freier in ihrer Positionierung u.a. weil sie nicht unbedingt eine Grundkohärenz ihrer politischen Forderungen bedenken müssen. Diese Beweglichkeit macht sie zu wichtigen Impulsgebern für das politische System.

NGOs wirken an gesellschaftlichen Prozessen mit, die durchaus als „Gemeinwohlpflege“ bezeichnet werden können. Sie bieten Menschen, die sich gesellschaftlich und sozial engagieren wollen dafür geeignete Engagement-Räume. Eben durch die größere Flexibilität und Spezialisierung von NGOs haben Menschen zudem die Möglichkeit, eine Organisation auszuwählen, die sowohl weltanschaulich als auch von der Organisationform sehr genau die eigenen Vorstellungen widerspiegelt.

Rollen von Parteien – Transmissionsriemen in das politische System

Parteien haben eine andere, umfassendere Rolle: Sie nehmen eine besondere Scharnierfunktion zwischen Staat und Gesellschaft ein, eine Sonderstellung, die Privilegien in Bezug auf Finanzierung und Ausstattung mit sich bringt. Gleichzeitig bringt diese Rolle auch Pflichten mit sich, z.B. die Funktion partikulare Forderungen aus der Gesellschaft zu aggregieren und als mehrheitsfähige Übersetzung in einen umfassenden politischen Orientierungsrahmen einzuordnen. Dazu gehört auch die Formierung eines politischen Gesamtangebots. In ihrer inhaltlichen Positionierung sind Parteien oft weniger flexibel als NGOs, da an sie richtiger Weise der Anspruch gestellt wird, dass sie in ihrer Position bereits eine gesellschaftliche Haltung aggregiert haben – sprich, ihre (z.B. in Partei- oder Wahlprogrammen ersichtliche) Haltung ist bereits ein Kompromiss bzw. ein Ausgleich zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Durch VertreterInnen in Regierungen und Parlamenten werden letztlich partikulare Forderungen in gemeinwohlorientierte Politik übersetzt. Durch Parteien rekrutiert sich außerdem im Wesentlichen das politische Führungspersonal in Deutschland. Sie haben also die Aufgabe, Menschen an politische Arbeit heranzuführen, zu qualifizieren und weiterzubilden.

Eben aufgrund dieser zentralen Funktionen für demokratische Prozesse sollten Parteien sich nicht anschicken, NGOs zu kopieren sondern sich auf ihre Sonderstellung besinnen und versuchen, dieser bestmöglich zu entsprechen. Auch NGOs sollten nicht versuchen Parteifunktionen einzunehmen, sondern ihre deutlich agilere und freiere Positionierung nutzen. Ein gut funktionierender Modus der Kooperation sollte beiden Organisationsformen den Freiraum geben, sich auf ihre jeweiligen Rollen und Stärken zu konzentrieren.

In diesem gegenseitigen Verständnis für die jeweilige Funktion der anderen Organisationform und ihrer positiven Einflüsse auf die eigenen Ziele liegt der Schlüssel für eine komplementäre Zusammenarbeit von NGOs und Parteien, die die jeweiligen Stärken nutzt und bündelt. Die Chance für die Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe und der Parteiendemokratie liegt vielmehr eben in der Komplementarität, für die eine Vergewisserung der eigenen Rolle nicht ausreicht. Vielmehr zeigen die folgenden Ansätze für eine komplementäre Zusammenarbeit, dass es wichtig ist herauszuarbeiten, welche Funktionen Parteien und NGOs *füreinander* einnehmen können.

Von der Konkurrenz zur komplementären Zusammenarbeit – Wie können NGOs und Parteien gemeinsam handeln?

NGOs als Pulsnehmer und als gesellschaftliche Unterstützung für Parteien

Die fortschreitende Ausdifferenzierung der Gesellschaft macht es für Parteien immer schwieriger, alle relevanten Themen angemessen abzubilden. Bürgerschaftliche Initiativen sind auf Systemebene zu funktional notwendigen Organisationen geworden. Sie erkennen wichtige Themen oftmals früher als Parteien, weil neue Initiativen dort entstehen, wo BürgerInnen den Wunsch nach Veränderung spüren. NGOs können deshalb für Parteien eine Form des gesellschaftlichen Pulsnehmers oder Frühwarnsystems sein. Zusätzlich brauchen Parteien die Unterstützung von NGOs und zivilgesellschaftlichen Initiativen, um insbesondere größere politische Projekte umsetzen. NGOs verstehen es zum Teil sehr gut, mit einer Kombination aus Lobby- und Kampagnenarbeit gesellschaftlichen Druck für ihre Forderungen zu erzeugen. Dies verleiht ihnen – trotz ihrer oft geringen Größe – erhebliche Sichtbarkeit und Gewicht in der

Debatte. Dieser gesellschaftliche Veränderungsdruck baut sich außerhalb der gängigen politischen Strukturen auf. Er hilft Parteien dabei, wiederum innerhalb des politischen Systems, politische Initiativen tatsächlich umsetzen zu können. Diese wichtige Funktion von NGOs sollte von Parteien nicht unterschätzt werden und könnte strategischer genutzt werden, insbesondere dort wo es keine Zielkonflikte zwischen Forderungen von NGOs und Parteien gibt.

Parteien als „Systemkenner“ und institutionalisierte Brücke in das politische System

NGOs sind oft nicht mit dem nötigen Systemwissen ausgestattet, um politische Forderungen durch das politische System zu „manövrieren“. Zivilgesellschaftliche Gruppen müssen Erwartungen ihrer MitgliederInnen moderieren und sind darauf angewiesen, ihre Forderungen in durch Kompromissen geprägten politischen Entscheidungsprozessen durchzusetzen. In Parteien wiederum bündelt sich Wissen über und Erfahrung mit demokratischen Abläufe und Parteiakteure halten Wissen in Bezug auf die Formulierung von Forderungen, Erwartungshaltung an den politischen Prozess und Hilfestellungen zu strategischem Vorgehen bereit. Das gilt auch hinsichtlich vermeintlich simpler Fragen, zum Beispiel „wie ist die Verwaltung aufgebaut, welche Stelle ist für ein Anliegen zuständig, in welchen Foren und vor allem wann ist es wahrscheinlich, dass das Anliegen gehört wird?“ Dieses Wissen ist wichtig, um Anliegen im politischen System durchzusetzen. Parteien sind aufgrund ihrer Erfahrung und ihrer systemgestaltenden Rolle im besonderen Maße in der Lage die Komplexität des politischen Systems zu vermitteln. Dies beinhaltet auch eine gewisse Verpflichtung zur Vermittlung des Systemwissens gegenüber BürgerInnen und deshalb letztlich auch gegenüber zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Parteien können NGOs ein Unterstützungsangebot bieten, das es ihnen erleichtert gesellschaftlichen Wandel anzustoßen und gleichzeitig den gegenseitigen Austausch intensiviert. Das kann insbesondere neuen NGOs helfen, einen langen Atem im politischen Prozess zu bewahren und greifbare Ergebnisse für ihre Mitglieder zu erwirken. Mögliche Formate des Wissensaustausches, neben dem Lernen am Beispiel, sind Workshops, aber auch organisierte regelmäßige Vernetzungstreffen mit MultiplikatorInnen jenseits von fachpolitischen Fragen.

Parteien und Initiativen sollten Konkurrenz nicht pflegen

Für eine Transformation des gegenseitigen Umgangs von Parteien und NGOs ist wichtig, dass der Kern der eigenen Positionierung nicht in der Abgrenzung zur jeweils anderen Organisationsform liegt. Parteien und NGOs befinden sich in erster Linie in Konkurrenz *zu ihren jeweiligen Wettbewerbern* – sei es um Wählerstimmen, Ämter oder Spendengelder. Darauf sollte sowohl in der Binnen-, als auch in der Außenkommunikation der Fokus liegen. Akteure in Parteien und in NGOs sollten vor allem verinnerlichen, dass die empfundene Konkurrenz um Engagierte und mediale Aufmerksamkeit kein Nullsummenspiel für Initiativen und Parteien ist – viele Menschen engagieren sich „doppelt“, wenn sie sich in Organisationen wohl fühlen und ihre Zeit als gut investiert sehen. Wenn sich diese Haltung auch in Engagementmöglichkeiten und Kommunikationsverhalten der betroffenen Organisationen widerspiegelt, ist viel für einen produktiven Umgang miteinander und für das gemeinsame Potenzial, Menschen für politische Themen begeistern zu können, gewonnen.

NGOs nicht nur als thematische, sondern auch organisatorische Impulsgeber für Parteien

Wenngleich sich Parteien und NGOs auf ihre unterschiedlichen Rollen besinnen sollen, können sie doch einiges voneinander lernen, um ihre jeweiligen Funktionen besser zu erfüllen. Insbesondere Parteien sollten NGOs nicht nur hinsichtlich ihrer thematischen Ausrichtung näher

beobachten, sondern auch analysieren, worin ggfs. die größere Attraktivität vieler NGOs als Engagementforen im Vergleich zu den immer noch sehr territorial und hierarchisch organisierten Parteien liegt. In Parteien ist dafür eine Fehlerkultur nötig, die es erlaubt, eigene Defizite ehrlich zu benennen und Veränderungsprozesse positiv zu bewerten. Wenn sich beide Seite unter der Prämisse des gegenseitigen Lernens beobachten, mit dem Ziel besser komplementär arbeiten zu können, so steigt auch die Offenheit für die Anerkennung der gegenseitigen Leistung für den gesellschaftlichen Fortschritt.

Parteien sollten sich nicht davor scheuen, auf zivilgesellschaftliche Akteure zuzugehen, um sich deren praktisches Wissen anzueignen. Gerade in der Berücksichtigung verschiedener Motivationsquellen für Engagement und in der Aktivierung von Mitgliedern haben Parteien noch Luft nach oben und können aus den sehr verschiedenen Ansätzen von NGOs lernen. Als Beispiel sei genannt wie rasch NGOs Selbstwirksamkeitserfahrungen bei engagierten Menschen erzeugen. Auch das Prinzip des projekt- und anlassbezogenen Mitmachens kann für Parteien interessant sein, die bereits versuchen, die Beteiligungsschwelle in ihren Organisationen weiter zu senken. Parteien müssen lernen, sich auf Mitglieder einzustellen, die themenbezogen arbeiten wollen, aber nur geringe Zeitressourcen mitbringen oder sich nicht dauerhaft verpflichten können oder wollen. Es sollten mehr Angebote für jene geschaffen werden, die direkt an einem Projekt arbeiten wollen und schnelle Selbstwirksamkeitserfahrung suchen. Kurzfristige, kampagnenartige Projekte – ein Markenzeichen zivilgesellschaftlicher Gruppen – können hierfür ein probates Mittel sein.

NGOs können Parteien thematische Impulse geben und Erfahrungen mit flexibleren Strukturen bieten

Wichtig ist es, auch im Kleinen von den Erfahrungen zivilgesellschaftlicher Initiativen profitieren zu können: Die Arbeit vor Ort und in Kooperation mit anderen Initiativen; an Themen, die die Menschen selbst betreffen; mit einem klaren und vor allem realistischen Ziel, all dies erhöht die Attraktivität von Parteien und eröffnet nebenbei wichtige Ankerpunkte, an denen Kooperationen mit NGOs möglich sind. Ein dementsprechender Ansatz kann es Parteien außerdem erleichtern ihrem Anspruch, Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und politischem System zu sein, auf zweierlei Weise besser gerecht zu werden: Zum einen können neue Themen so schneller aufgegriffen und in den politischen Meinungsbildungsprozess integriert werden. Der regelhafte Austausch mit NGOs kann so auch inhaltliche Impuls für Parteien liefern, ihre eigenen Haltungen zu einem Thema zu überdenken. Zum anderen zeichnen sich zivilgesellschaftliche Initiativen durch flexible Strukturen als Parteien aus und können dadurch ebenfalls Inspiration sein. Auch wenn Parteien durch ihre Rolle und strukturellen Voraussetzungen mehr auf formalisierte Prozesse angewiesen sind, lohnt sich Neugier darauf, wie interne Prozesse agiler gestaltet werden können.

Der Weg zur Komplementarität verlangt Wandel – sowohl bei NGOs als auch bei Parteien

Das Verhältnis von Parteien und NGOs sollte sich nicht auf das gegenseitige Lernen und ein respektvolles Nebeneinander beschränken. Durch Austausch und Vernetzung könnten vorhandene Ressourcen gebündelt und gemeinsam größere Aufmerksamkeit für Themen erzielt werden. Gerade tiefgreifende Veränderungsprozesse bedürfen sowohl des gesellschaftlichen Drucks, als auch der politischen Transmission. Zum Erreichen gemeinsamer politischer Ziele sind Parteien und NGOs also gewissermaßen aufeinander angewiesen.

Ein erster Schritt in Richtung Komplementarität könnten positive Kooperationserfahrungen, z.B. im Rahmen regionaler Pilotprojekte zwischen NGOs und Parteien sein. Hier kann ein Grundstein für das weitere, vertrauensvolle Zusammenwirken gelegt werden. Dauerhafte Zusammenarbeit funktioniert dann, wenn beide Seiten profitieren und niemand sich in die Rolle eines Dienstleisters gedrängt fühlt. Ohne Zweifel werden vertiefte Kooperationsformate NGOs und Parteien auch einen Kultur- und Haltungswandel abverlangen. Parteien müssen hierfür den Mut finden, ohne vorgefertigte Konzepte in die Diskussion zu gehen. NGOs wiederum sollten die Antithesehaltung überwinden und Kooperation als ein Instrument betrachten, mit dem im Zweifel mehr gesellschaftliche Veränderung zu erreichen ist. Es gilt, dies auch dem eigenen Unterstützerkreis zu verdeutlichen. Es ist wichtig, dass Parteien sich auch personell auf diese Transformation einstellen. Notwendig sind hauptamtliche Stellen, die allein mit Vernetzungsarbeit mit Initiativen betraut sind, um gezielt Kooperations- und Unterstützungsangebote machen zu können.³

Schaffung neuer Formate für regelhaften Austausch zwischen Parteien und Initiativen

Es ist wichtig, mehr Formate zu schaffen, in denen ein stetiger, regelhafter Austausch zwischen Parteien und NGOs stattfinden kann. Regelmäßige Formate können dazu dienen, das beiderseitige Verhältnis auf eine stabilere Basis zu stellen, Konfliktfelder frühzeitig zu erkennen und ein besseres Verständnis für die Funktionslogik der anderen Organisationsformen zu erlangen.

Ein mögliches Format sind offene Foren auf verschiedenen Organisationsebenen, als institutionalisierter Raum, in dem ParteivertreterInnen und Initiativen zusammenkommen, um gemeinsam Ideen zu entwickeln und in der Diskussion zu erproben. Dies können themenbezogene Foren (z.B. allgemein zur Stadtentwicklung) oder ganz offene Räume sein, in denen Anliegen ausgetauscht werden können. Im Fokus sollte die ergebnisoffene gemeinsame Entwicklung besserer Lösungen stehen und aber auch der Austausch über Anliegen. Um diese Prozesse nachhaltig zu gestalten und tatsächlich Ergebnisse daraus aggregieren zu können, wird eine gute personelle Ausstattung dieser Aufgabe zentral sein. Hier geht es nicht nur um die Organisation der Foren sondern auch um ein systematisches Sichten der „Engagiertenszene“, um die Identifikation, Ansprache und Vernetzung geeigneter Stakeholder.

Parteien haben den Anspruch, gesellschaftliche Debatten zu prägen. Offene Foren können für sie ein neuer Modus sein, ihre Scharnierfunktion zwischen Staat und Gesellschaft wahrzunehmen. Gleichzeitig wird dieses Format der Bedeutung gerecht, die NGOs als wichtiger Ort des politischen und gesellschaftlichen Engagements, als organisierte Bürgerschaft, inzwischen haben. Hierzu ist es auch nötig, der Öffentlichkeit stärker zu verdeutlichen, dass gute Lösungen nicht über Nacht entstehen. Langfristig wird es für den Erfolg der Foren wichtig sein, für neue Akteure offen zu bleiben, um nicht zu einem Club der „üblichen Verdächtigen“ zu werden.

„Koalitionen auf Zeit“ um Durchsetzungskraft für politische Projekte zu verstärken

Koalitionen auf Zeit können ein weiterer, substantiellerer Veränderungspfad im Verhältnis von NGOs und Parteien sein, der über heute schon bestehende Bündnisse hinausgehen würde. Ein Beispiel für existierende Bündnisse ist die gemeinsame Organisation von Veranstaltungen gegen

³ Mit diesen Angeboten können auch Kooperationshindernisse überwunden werden, die es insbesondere kleinen Initiativen unmöglich machen würden, sich an aufwendigeren Kooperationsformaten zu beteiligen.

rechte Demonstrationen durch Parteien und Initiativen.⁴ Koalitionen auf Zeit als neues Format wären allerdings analog zu Regierungskoalitionen zu verstehen: Temporäre Bündnisse mit einem definierten politischen Ziel, basierend auf einer förmlichen Vereinbarung und mit festem Zeitrahmen. Wahlempfehlungen können ein sehr niedrigschwelliges Element dieser Zusammenarbeit sein, aber auch hinsichtlich des gemeinsamen Arbeitens an einzelnen Vorschlägen sind deutlich aufwändigere Koalitionen denkbar. Der Vorteil für beide Seiten bestünde in der Bündelung der Ressourcen (z.B. der knappen Zeit der Engagierten) und in der Vergewisserung, in der je eigenen Rolle an einem Strang zu ziehen: gemeinsam zu informieren, Zustimmung zu organisieren und letztlich auch den gesellschaftlichen Veränderungsdruck schneller ins politische System zu kanalisieren.

Koalitionen aus Zeit könnten sich z.B. aus den vorgeschlagenen offenen Foren entwickeln. Parteien und Initiativen müssen für sich identifizieren, wer ein vertrauensvoller Partner hierfür sein kann. Das bietet den Beteiligten zudem die Chance zur Selbstvergewisserung, zum Beispiel hinsichtlich der eigenen Grundüberzeugungen – was im politischen Tagesgeschäft oft zu kurz kommt. Es ermöglicht beiden Seiten aber auch, die Konkurrenzdynamik auf Zeit durch kompromissgeleitete Kooperation zu durchbrechen.

Nicht jede bürgerschaftliche Initiative hat per se das Gemeinwohl im Sinn. Es ist deshalb Aufgabe der Parteien, Kooperationsentscheidungen sorgfältig zu treffen und sich transparente Standards hierfür zu geben. Die Frage, wer in welchen Bereichen mit wem kooperiert, sollte auch der Unterscheidbarkeit der politischen Angebote im Parteiensystem förderlich sein. Das käme dem politischen System als Ganzem zu Gute.

Fazit / Ausblick

In einer Zusammenarbeit von Parteien und NGOs liegen große Chancen. Auf dem Weg dorthin sind strukturelle Herausforderungen zu bewältigen, vor allem wird aber ein kultureller Wandel bei Parteien und NGOs entscheidend dafür sein, ob sich das Verhältnis nachhaltig von Konkurrenz zu Komplementarität wandeln kann. Eine deutlichere Rollenabgrenzung untereinander und damit aber auch ein besseres Verständnis für die eigene Rolle und die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten im politischen System ist Grundvoraussetzung für die Entwicklung gemeinsamer Formate und Projekte.

Wenn die gegenseitigen Potentiale erkannt werden, können Parteien und NGOs viel voneinander lernen: NGOs sind in der Lage, Parteien neue thematische Impulse und Anregungen für die Organisationsentwicklung zu geben. Parteien können im Gegenzug ihre Systemkenntnis teilen. Auf dieser Grundlage können eine Vielzahl von Zusammenarbeitschancen gefunden werden, von denen hier nur einige skizziert wurden. Wenn Parteien und NGOs letztlich nicht nur voneinander lernen, sondern auch gemeinsam Politik gestalten, liegt darin eine große Chance für die Stärkung von Parteien und für die Belebung bürgerschaftlichen Engagements.

In ihrer Herangehensweise an NGOs sollten sich Parteien stets vor Augen führen, dass sich ihre Rolle als Transmissionsriemen aus der Gesellschaft in das politische System nicht ausschließlich

⁴ Zwei Beispiele sind die Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ und die „Stop TTIP“- Allianz aus Parteien, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften.

beim Individuum kristallisiert. Vielmehr beinhaltet die Erfüllung der grundgesetzlich angedachten Rolle der Mitwirkung von Parteien an der politischen Willensbildung der Bevölkerung eben auch zu großen Teilen die effektive und nachhaltige Einbindung organisierter zivilgesellschaftlicher Akteure.

Impressum

Das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think Tank mit Sitz in Berlin. Ziel des Progressiven Zentrums ist, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheits-fähig zu machen.

Kontakt

Laura-Kristine Krause

Programmleiterin Zukunft der Demokratie

+49.179.5920313

laura.krause@progressives-zentrum.org

Dominic Schwickert

Geschäftsführer

Progressives Zentrum e.V. (V.i.S.d.P.)

Werftstraße 3, 10557 Berlin

Tel: +49 30 400 542 55

Fax: +49 30 394 053-17 mail@progressives-zentrum.org